



## Zentrale Ergebnisse des zweiten Engagementberichts für die Engagierten in der Flüchtlingshilfe

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: "Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung".

*Aufbereitet durch Verena Schmid unter Mitarbeit von Stephanie Hörnig und Sebastian Wüst*

Der Bundestag hat die Bundesregierung 2009 beauftragt, einmal je Legislaturperiode einen Bericht zum bürgerschaftlichen Engagement erstellen zu lassen. Nun wurde von der eingesetzten Sachverständigenkommission der zweite Engagementbericht vorgelegt.

Dieser Beitrag fasst die zentralen Informationen und Erkenntnisse für die Engagierten in der Flüchtlingshilfe zusammen und präsentiert die einschlägigen Schlussfolgerungen und Empfehlung der Sachverständigenkommission.

### Die Vielfalt von Engagement in einer zivilen Gesellschaft

(Kap. 1.3 – Seiten 68-89)

Die Kommission versteht Engagement als Teil von Zivilgesellschaft. „Eine Gesellschaft ist „zivil“, insoweit sie einer Vielfalt von Lebensformen Respekt und Offenheit entgegenbringt, Konflikte fair ausgetragen sowie Macht und Eigeninteressen eingrenzen kann und es ihr darüber hinaus gelingt, wirksam Institutionen und Formen der Partizipation und Interessensvermittlung einzurichten.“ (S. 82) Engagement ist dabei ein Dachbegriff für verschiedenste Handlungen und Tätigkeiten. Die unterschiedlichen Ausgestaltungen des Engagements können in mehreren Spannungsachsen dargestellt werden:

**Engagement ist ein Dachbegriff für verschiedenste Handlungen und Tätigkeiten. Seine Ausgestaltung kann in mehreren Spannungsachsen dargestellt werden:**

Freiwilligenarbeit – Mitsprache  
Bewahrung – Innovation  
Informelles – organisiertes Engagement  
Bridging – bonding  
Geselligkeit – Zweckorientierung  
Selbstorganisiertes – professionell organisiertes Handeln

- *Freiwilligenarbeit und Mitsprache*: Einerseits das praktische Tun und andererseits Engagement mit einem engeren Bezug zu Politik durch Bürgerbeteiligung.
- *Bewahrung und Innovation*: Bewahrung durch kulturelle Muster und Orientierungen, Innovation und Wandel durch Aufbruchs- und Reformbewegungen.
- *Informelles und organisiertes Engagement*: Informell in lockeren Netzwerken mit unverbindlichen Strukturen und formell organisiertes Engagement in Vereinen und Genossenschaften.
- *Bridging und bonding*: Ein auf Integration und Teilhabe gerichtetes Engagement für Menschen („Brückenbauen“/ Bridging) und ein auf die Förderung von Zusammenhalt der eigenen Gemeinschaft gerichtetes Engagement (Bindung nach innen/ bonding).
- *Geselligkeit und Zweckorientierung*: Soziales Miteinander und Pflege von Kontakten im Gegensatz zu einem Engagement das einen bestimmten Zweck verfolgt.
- *Selbst- und professionell organisiertes Handeln*: Schwerpunkt entweder auf Selbstorganisation und gemeinschaftlicher Kooperation oder auf professionalisierten Organisationen mit professionellen Strukturen.

## Engagement in Zahlen

(Kap. 4 – Seiten 125-176)

Engagement nimmt einen wichtigen Bereich in unserer Gesellschaft ein und leistet viel Arbeit für den Zusammenhalt der Gesellschaft. 3.300 Millionen Stunden wendeten Engagierte 2012 für ihr Engagement auf. Das entspricht etwa 5% aller in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden (Blinkert 2015). Nicht nur deswegen hat das Bewusstsein über die Bedeutung des Engagements zugenommen. In dessen Folge sind in den letzten anderthalb Jahrzehnten zahlreiche empirische Untersuchungen dazu entstanden.

**2012 wendeten Engagierte 3.300 Millionen Stunden auf – 5 % aller in Deutschland geleisteten Stunden.**

**Zwischen 41% und 55% der deutschen Bevölkerungen engagieren sich.**

**15% der deutschen Bevölkerung haben sich Ende 2015 in der Flüchtlingshilfe engagiert, Geld- und Sachspenden mit dazugerechnet waren es 47% der Bevölkerung**

Je nach Fragestellung und Inhalt wurden über die einschlägigen Studien hinweg drei verschiedene Kreise an Engagierten ermittelt:

Amts- und Funktionsträger (a), regelmäßig Aktive (b) und sporadisch Beteiligte (c):

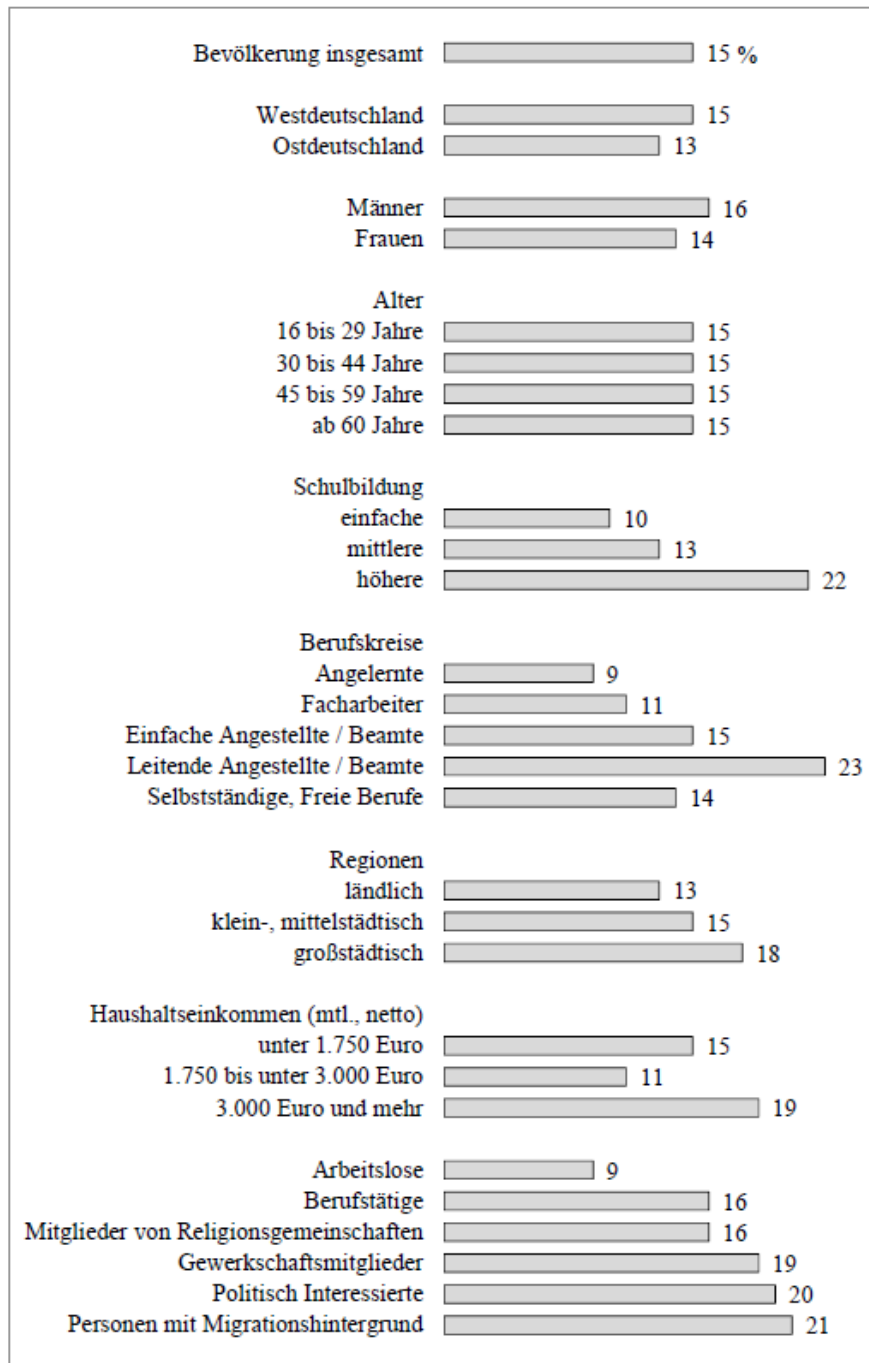
- a) „Den *engeren Kreis der Ehrenamtlichen*, der etwa ein Fünftel der Bevölkerung umfasst;
- b) Den *Kreis der Aktiven*, in dem zu den „Ehrenamtlichen“ noch weniger fest gebundene Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kommen, die sich auch ohne zusätzliche Hinweise als engagiert einstufen. In diesen Kreis ordnet sich etwa ein Drittel der Bevölkerung ein.
- c) Den *weitesten Kreis, der zusätzlich zu den vorgenannten Gruppen auch gelegentlich Engagierte umfasst*, die zum Teil nur sporadisch aktiv werden, etwa wenn es darum geht, einmal im Jahr bei einer Veranstaltung zu helfen.“ (S.128)

Insgesamt engagierten sich in einem weiteren Kreis von Engagierten zwischen 41% und 55% der deutschen Bevölkerung.

Weniger belastbare Zahl gibt es zu den Auswirkungen der „Flüchtlingskrise“ auf das Engagement. Erste Zahlen aber zeigen, dass sich im September wie auch im Oktober 2015 jeweils 15% der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren persönlich für Flüchtlinge engagiert haben (Altenbacher Archiv, IfD-Umfragen 11045, 11046). Werden noch diejenigen dazugerechnet die lediglich Geld- und Sachspenden leisteten, sollen sich laut Umfrage des Deutschen Spendenrats (2016) insgesamt 47 % der Bevölkerung beteiligt haben.

Das Engagement von Migrant\*innen für Geflüchtete ist seit 2015 stark angestiegen. Lese- und Lernpatenschaften, sowie Helferkreise und Hilfe bei Behördengängen gab es schon vorher. 2015 nahm ihre Zahl stark zu. „[D]ie soziodemografische Analyse zeigt für die aktiven Helferinnen und Helfer nur geringfügige Unterschiede der Beteiligung zwischen Männern und Frauen sowie zwischen West- und Ostdeutschen. [...] Auch die unterschiedlichen Altersgruppen waren zu gleichem Anteil beteiligt. Wiederum wurden Personen mit höherer Schulbildung und aus gehobenen Berufskreisen deutlich häufiger aktiv als Personen mit einfacher oder auch mittlerer Schulbildung.“ (S.160)

Die nachfolgende Graphik zeigt, wie sich der Kreis der Engagierten zusammensetzt:



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045, September 2015. Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren.

„Noch unbeantwortet ist allerdings die Frage, was die Hilfeleistungen für das Gesamtbild des Engagements bedeuten: So müsste ermittelt werden, inwieweit die im Flüchtlingsbereich Helfenden und Unterstützenden auch anderweitig engagiert sind bzw. ob sich der Gesamtkreis der Engagierten durch dieses Engagement erweitert und wie sich die Bereiche des Engagements dadurch verschieben. Zudem wäre noch differenzierter zu erfassen, was die Helfer und Helferinnen für die Unterstützung und Integration der geflüchteten Menschen im Einzelnen tun.“ (S.160)

## Flüchtlinge und Engagement

(Kap. 5.1 – Seiten 177-191)

„Auf bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ebene ist eine überwiegend förderliche Grundstimmung in der Frage des Umgangs mit geflüchteten Menschen zu beobachten. Im Fokus der Politik steht in erster Linie die Verantwortung für humanitäres Handeln.“ (S. 177)

„Bilanzen der Stimmungslagen und der konkreten Situationen in den Kommunen fallen indes unterschiedlich und ambivalent aus. Das in jüngster Zeit vermehrt befürchtete bzw. prognostizierte „Kippen der Stimmung“ ist bislang jedoch nur mancherorts eingetreten.“ (S.177)

„Interviews, die im Zeitraum von November 2015 bis Januar 2016 mit Landräten, (Ober-)Bürgermeistern und anderen in die Flüchtlingsversorgung verantwortlich eingebundenen Mitarbeitenden von Kreis- und Kommunalverwaltungen deutschlandweit durchgeführt wurden, spiegeln neben einer großen Besorgnis eine außerordentliche Hilfsbereitschaft. Von den Befragten wird die Wichtigkeit des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger in der Bewältigung der Herausforderungen betont („sehr wichtig“: 86 %; „wichtig“: 14 %). 97 Prozent der Befragten berichten von einer großen Hilfsbereitschaft (in Westdeutschland: 99 %; in Ostdeutschland: 90 %) (IfD Allensbach 2016).“ (S.177)

Die aktuelle Situation der „Flüchtlingskrise“ hat zwei Seiten. Sie führt einerseits zu politischen Richtungsentscheidungen, andererseits zu positiven Einstellungen, Bereitschaften und Handlungsformen, die in Deutschland lange nicht für möglich gehalten wurde. „Es ist deutlich geworden, dass es in Deutschland eine belastbare Zivilgesellschaft gibt, die zu unkonventionellen Maßnahmen, neuen Bündnissen und soliden Brückenbildungen in der Lage ist.“ (S.178)

Bei der Freude über das breite Engagement für Flüchtlinge in der Gesellschaft darf die Politik nicht außer Acht gelassen werden. „Politische Haltungen und gesetzgeberische Aktivitäten haben unmittelbaren Einfluss auf das Engagement in seinen verschiedenen Formen. Aber auch umgekehrt: Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, das für die gesellschaftliche Akzeptanz steht, beeinflusst seinerseits politisches Entscheiden und Handeln.“ (S. 178 – 179)

„Ein kluger Umgang mit Engagement erfordert von der Politik Antworten in der ganzen im Bericht markierten Breite: vom Entstehen für Grundrechte, Demokratie und zivile Formen von Auseinandersetzung bis hin zu Fragen der Förderung und Zusammenarbeit mit einer heterogenen Vielzahl von freien Trägern, Gruppen und Initiativen, mit denen es bei der praktischen Bewältigung von Aufgaben grundsätzliche Übereinstimmung gibt.“ (S.181)

„Grundsätzlich umfassen die Aufgaben lokaler (Engagement-)Politik [aber] nicht nur den Bereich, in dem es vor allem um die Organisation praktischer Hilfe für geflüchtete Menschen

**Die aktuelle Situation der „Flüchtlingskrise“ hat zwei Seiten. Einerseits führt sie zu politischen Richtungsentscheidungen, andererseits zu positiven Einstellungen, Bereitschaften und Handlungsformen.**

**Politische Haltungen und gesetzgeberische Aktivitäten haben unmittelbaren Einfluss auf das Engagement ↔ Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger kann auch politisches Entscheiden und Handeln beeinflussen.**

**Aufgaben lokaler (Engagement-)Politik:**  
- frühzeitig Information (Bürgerdialog)  
- Fragen der Abwägung von Schutz und Freiheit  
- Dialogmöglichkeiten zwischen allen Gruppen, positiv wie negativ

**Für neue und alte Engagementgruppen und zum Abbau von Frust ist es wichtig:**

- Kooperationsplattformen herzustellen
- Engagierten geeignete Räume zur Verfügung zu stellen
- niederschwellige und beteiligungsorientierte Verfahren zu fördern
- Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft und Engagierten als Bestandteil der Ausbildung von Hauptamtlichen zu etablieren

geht, sondern auch das weitere Feld der Flüchtlingsfrage. Letzteres umfasst Politik im Sinne der Präsenz im öffentlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, die Vertretung von zivilen Grundwerten, Recht und Gesetz und schließlich die Abstimmung mit den besonders wichtigen engagierten Partnern vor Ort.“ (S. 186)

- „Es hat sich gezeigt, dass Bürgerversammlungen und Bürgerdialogen, der Transparenz von Politik und Verwaltungshandeln im Sinne einer frühzeitigen Information von Bürgern und Bürgerinnen, eine ganz hohe Bedeutung zukommen“ (S. 186)
- „Im Lichte heutiger Verständnisse der Aufgaben von Staat und Zivilgesellschaft spielt es eine wichtige Rolle, wie mit Fragen der Abwägung zwischen Bürgerfreiheiten, Schutzrechten und Belangen von Sicherheit und Ordnung umgegangen wird.“ (S. 186)
- Für eine Einbeziehung aller Gruppen müssen Dialogmöglichkeiten zwischen den verschiedenen positiven wie negativen Tendenzen des Engagements geschaffen werden

Beim Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Engagement zeigt sich durch die EFA-Studien, die Befragungen von Mutz et al. (2015) und einer Online-Befragung der Zeit, dass es bei den befragten Engagierten zu Frust über Bürokratie und Behörden kommt und die umständlichen Kommunikationswege viel Zeit und Mittel kosten. „Den Studien zufolge übernehmen die Ehrenamtlichen oft fundamentale Aufgaben in Bereichen, in denen Strukturen und Behörden überfordert sind und versagen (Karakayali/Kleist 2015: 3f., 30); dabei entsteht unter einigen der Engagierten der Eindruck einer staatlichen Verantwortungsabwälzung. Sie sehen ihre Tätigkeit als Reaktion auf dieses „Staatsversagen“, fühlen sich aber auch *ausgenutzt, instrumentalisiert und überfordert* (Mutz et al. 2015: iv, 23).“

- „Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger erwarten ein Miteinander auf Augenhöhe. Dies setzt eine veränderte Haltung gegenüber den Aktiven und deren Rolle voraus.“ (S. 187) Dafür werden die entsprechende Beteiligungsstrukturen benötigt.
- „Zu der gegenwärtigen Situation gehört aber auch der Umstand, dass mit der Flüchtlingsarbeit vielfach eine offene Marktsituation entstanden ist, indem etwa private Gesellschaften, Haus- und Grundbesitzer mit dem Handlungsnotstand der Kommunen besonders gute Geschäfte machen.“ (S.188)
- In vielen Fällen (gerade in der Anfangsphase der Flüchtlingswelle) ist/war ein pragmatisches Handeln gefragt (S.188)

Für die notwendige Einbeziehung der neuen Engagementgruppen und zum Abbau des Frusts über Bürokratie und Behörden ist es wichtig...

- vor Ort Kooperationsplattformen herzustellen.
- engagierten Bürgerinnen und Bürgern geeignete Arbeitsräume in den Unterkünften sowie Sozialräume zur Verfügung zu stellen.
- Niederschwellige, flexible und beteiligungsorientierte Verfahren für die Steuerung notwendiger Sach- und Geldmittel zu fördern.
- „dass die Zusammenarbeit zwischen Engagierten aus der Bürgerschaft und den beruflich Zuständigen als fester Bestandteil in Ausbildungs- und Qualifikationskonzepten für Hauptamtliche aufgenommen wird.“ (S.188)

Die Kommune nehmen bei der Umsetzung dessen dieser Punkte eine entscheidende Rolle ein, aber „[n]eben den Einrichtungen und Regelungsbereichen, die sie in eigener Hoheit verwalten, gibt es vor Ort staatliche Einrichtungen und Programme, über deren Arbeit überlokal entschieden wird (Schammann 2015).“ (S.189) „Gesetzgeberische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene können die Bedingungen lokalen Engagements für Flüchtlinge erheblich be-

einflussen. [...] Landespolitik kann außerdem mit Beteiligungsinstrumenten wie Flüchtlingsforen, Informationsangeboten und Förderprogrammen die bürgerschaftliche Arbeit vor Ort unterstützen.“ (S.189)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass „[e]s [...] nicht nur um „Flüchtlingshilfe“ [geht], sondern die umfassendere Herausforderung der „Flüchtlingsfrage“. In Hinblick auf beides sollte das Kapitel Aufgaben und offene Fragen benennen.

**Die wesentlichen Punkte sollen im Folgenden noch einmal zusammengefasst werden:**“ (S.190)

- „Es geht um mehr als die Unterstützung der heute vorherrschenden Formen des Engagements im Sinne praktischer Unterstützung und Hilfestellung für geflüchtete Menschen und Asylsuchende. Zu den Aufgaben einer lokalen Engagementpolitik gehört auch die Organisation einer zivilen öffentlichen Debatte zwischen Gruppen mit verschiedenen Haltungen und Standpunkten.“ (S.190)
- „Mit Blick auf all diejenigen, die sich ganz praktisch für Integration und ein gutes Zusammenleben mit den Flüchtlingen, einsetzen, sollte man sich für die verschiedenen Möglichkeiten und Formen des Aktiv-Werdens sensibilisieren.“ (S.190)
- „Es gilt zudem, die Herausforderung anzunehmen, dass in der Flüchtlingsarbeit traditionelle Grenzziehungen zwischen Professionellen und Engagierten verwischen.“ (S.191)
- „Gleichzeitig hat sich eine Kultur der Unterstützung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe und der Balance von persönlicher Nähe und respektvoller Distanz entwickelt, von der herkömmliche Konzepte der sozialen Unterstützung und administrativen Hilfestellung vieles lernen können.“ (S.191)
- „Gezeigt hat sich außerdem, dass die Formen einer jahrzehntelangen routinierten Zusammenarbeit von etablierten Trägern, Verwaltung und Politik einerseits und die Vernetzungswünsche vieler neuer Initiativen der Bürgerinnen und Bürger andererseits oft nur schwer zusammenfinden. Qualifikationserwerb ist nicht nur für engagierte Helferinnen und Helfer wichtig, sondern auch für eine Verwaltung und Fachkräfte, für die nun eine Zusammenarbeit mit Partnern und Engagierten nicht mehr ein Sonderfall ist und auf Augenhöhe praktiziert werden muss, wenn sie erfolgreich sein will.“ (S.191)
- „In kaum einem anderen Bereich hat es in den letzten Jahren so massive Lernanstöße für ein gutes Regieren und Verwalten gegeben wie in der Flüchtlingsfrage. [...] Die Frage nach Regeln stellt sich dabei nicht nur im Sinne der Entbürokratisierung, sondern auch im Sinne der Findung neuer Grundsätze auf Gebieten, auf denen man bisher zunächst einmal Kooperation improvisiert hat.“ (S.191)

## Lokale Politik und Engagement

(Kap III.1 – Seiten 317-340)

Die Kommunen sind mit Entwicklungen auf nationaler Ebene immer wieder unmittelbar konfrontiert. Die Aufnahme der Flüchtlinge ist hier ein geeignetes Beispiel. Kommunen müssen aufgrund von Entscheidungen auf Bundesebene nach neuen Lösungen suchen, die meist eine Verlagerung der vorhandenen Ressourcen, Kooperationen, Netzwerke, Bürgerbeteiligungen, etc. nach sich ziehen.

Zugleich ist auch die Förderung des freiwilligen Engagements auf kommunaler Ebene politisch besonders wirksam. Eine wichtige Rolle spielen Bund und Länder, die eine koordinierte Engagementförderung und eine räumliche Differenzierung nach Stadt und Land bei der Engagementförderung sichern sollen. „Um der Komplexität des Handlungsfeldes lokaler Engagementförderung gerecht zu werden, darf sich die Betrachtung [...] nicht auf die unmittelbar kommunalpolitischen Agenden beschränken, sondern muss sowohl die föderalen Verschränkungsbereiche als auch feldspezifische Bereiche (Schlüsselbereiche des Engagements) mitberücksichtigen.“ (S.317) Daher gibt es auch auf der Ebene der Bundesregierung eine Engagementpolitik für welche das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) verantwortlich ist.

Die Nationale Engagementstrategie sieht die Förderung des Engagements durch drei Bereiche.

- *Erstens* sollen monetäre Anreize geschaffen werden,
- *zweitens* Engagement als Querschnittsthema eingeführt werden und
- *drittens* soll das Engagement in verbindliche Strukturen eingebettet werden.

Geflüchtete Menschen sind seit den Entwicklungen im Jahr 2015 einer der Schwerpunkte der Engagementpolitik. Das Programm „Willkommen bei Freunden“ soll die Kommunen mithilfe von sechs regionalen Servicebüros bei der Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen *beraten, unterstützen und qualifizieren*. Lokale Bündnisse sollen gefördert werden. Auch die trisektorale Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist dem BMFSFJ ein Anliegen. Die Strukturen der Engagementförderung sollen nachhaltig angelegt werden. „Ferner wird hinsichtlich einer nachhaltigen Engagement(infrastruktur)förderung die Möglichkeit der Einrichtung einer „Bundesstiftung Engagement“ geprüft, um eine dauerhafte Förderung auf einem stabilen finanziellen Niveau zu sichern [...].“ (S.321f.)

**Engagementförderung ist auf kommunaler Ebene besonders wirksam. Die Rolle von Bund und Ländern ist es hierbei zur koordinierten und räumlich differenzierten Engagementförderung zu schaffen.**

**Die nationale Engagementstrategie sieht die Förderung des Engagements in drei Bereichen vor:**

- monetäre Anreize schaffen
- Engagement als Querschnittsthema einführen
- Engagement in verbindliche Strukturen einbetten

**Zur Förderung des Engagements für geflüchtete Menschen wurde mehrere Programme aufgelegt**

## **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

(Kap. IV – Seiten 480-510)

Die Sachverständigenkommission leitet aus den vorangegangenen Kapiteln des zweiten Engagementberichts folgende Schlussfolgerungen ab und spricht auf Grundlage dessen Empfehlungen an Politik und Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Flüchtlingshilfe aus.

### **Die Vielfalt von Engagement in einer zivilen Gesellschaft anerkennen**

1. „Die Kommission geht von einem breiten Engagementbegriff aus, der der Vielfalt von Engagementformen in der gesellschaftlichen Landschaft gerecht werden sollte. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sie, oft anzutreffende Verengungen in Verständnissen, Debatten und Politiken zum Engagement zu überprüfen.“ (S.480)
2. „Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in seiner Vielfalt und Breite erfordert eine Engagementpolitik, die auf verschiedenen Ebenen agiert. Es geht nicht nur um die gezielte Förderung einzelner Formen freiwilligen Engagements, sondern auch um die Auseinandersetzung mit Fragen der Abgrenzung und Sicherung grundlegender Freiheitsräume und Voraussetzungen.“ (S.480)

### **Konflikt und Einvernehmen: Herausforderungen im Engagement für Flüchtlinge und Asylsuchende kooperativ bearbeiten**

1. „Die Integration der langfristig in Deutschland bleibenden geflüchteten Menschen kann ohne die vielfältigen Formen des Engagements der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nicht erreicht werden. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche humanitäre Aufgabe, die nur von Bund, Ländern und Kommunen sowie einer aktiven Zivilgesellschaft gemeinsam bewältigt werden kann.
2. Die Aufnahme und Integration der erhöhten Anzahl von Flüchtlingen erfordert auf allen Ebenen des öffentlichen Sektors ein enges Zusammenwirken zwischen Politik und Verwaltung, den etablierten freien Trägern und neuen Initiativen. Dabei müssen auch angemessene Wege gefunden werden, mit Kontroversen in der Bürgerschaft umzugehen – durch Angebote zum Dialog und Prinzipienfestigkeit.
  - a. Es gilt, auf allen drei Ebenen der öffentlichen Hand eine transparente und konsistente Politik zu entwickeln.
  - b. Für die Unterstützung des vielfältigen freiwilligen Engagements für Geflüchtete sollten nachhaltige, aufeinander abgestimmte Engagement-, Beteiligungs- und Koordinationsstrategien entwickelt und dauerhaft entsprechende personelle, finanzielle und sachliche Ressourcen bereitgestellt werden
3. Der Einbeziehung von Flüchtlingen in freiwilliges Engagement kommt für deren Integrationschancen eine hohe, bislang vernachlässigte Bedeutung zu. Dabei gilt es weniger, formalisierten ehrenamtlichen Tätigkeiten, sondern vielmehr Formen nachbarschaftlicher, sozialräumlicher Aktivitäten Aufmerksamkeit zu schenken.“ (S. 489-490)

### **Engagement und seine Förderung: Neue Formen des Regierens und Verwaltens**

1. „Es wird empfohlen, Debatten und Praktiken der Nutzung und Anerkennung von Engagement stärker und systematischer mit Aufgaben der Suche nach einer neuen lokalen Kultur des Regierens und Verwaltens (Governance) zu verbinden.
2. Mit Blick auf angemessene Formen der Verantwortungsteilung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung, aber auch Akteuren aus dem Unternehmensbereich sollte die Verknüpfung von Fragen des Engagements in Form von Mitsprache und von Fragen einer auf Engagement basierenden Leistungsbeteiligung beachtet und gefördert werden.



3. Reformen und Weiterentwicklungen lokaler Formen der Governance sollten Traditionen und Stränge aufgreifen und weiterentwickeln, die mit dem Leitbild „Bürgerkommune“ bereits seit einigen Jahrzehnten versuchen, Fragen von Engagement und Beteiligung systematisch in Konzepte für lokale Politik und Verwaltung zu integrieren.
4. Verwaltungsorganisation sollte sich stärker auf Handlungsmuster ausrichten, die quer zu Sektoren und Geschäftsverteilungsplänen angelegt sind, auch im Sinne einer Verbindung räumlicher und fachspezifischer Ansätze sozial-, umwelt- und wirtschaftspolitischer Logiken.
5. Beides, Bürgerengagement und neue Regierungs- und Verwaltungsformen, sind auf eine verlässliche Infrastruktur in der lokalen Bürgergesellschaft angewiesen. Bei einer verlässlichen Förderung, Verstetigung und Entwicklung und dem entsprechenden Programmen sollten Bundes-, Landes- und kommunale Politik zusammenwirken.
6. Auf dem Weg zu den neuen Formen des Regierens und Verwaltens, die Bürgerengagement aufwerten, braucht es eine Politik des demokratischen Experimentierens und dem entsprechende Lernbereitschaften. Ohne dies kann ein Mainstreaming innovativer Ansätze nicht gelingen
7. Konzepte einer erneuerten lokalen Governance, wie im Leitbild der „Bürgerkommune“, können ihr Veränderungspotenzial nur dann entfalten, wenn sie nicht separat von zentralen Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge propagiert, sondern mit orientierungsstiftenden Leitideen zur Gemeinde- und Stadtentwicklung verknüpft werden.“ (S. 499-502)

## Literatur:

- Blinkert, Baldo (2015): Auswertung der Zeitverwendungserhebung 2012/13 des Statistischen Bundesamtes für den Zweiten Engagementbericht und den Siebten Altenbericht der Bundesregierung. Unveröffentlicht. Freiburg im Breisgau.
- Deutscher Spendenrat e. V. (2016): Bilanz des Helfens 2016. Pressemeldung vom 01. März 2016.
- Mutz, Gerd; Costa-Schott, Rosário; Hammer, Ines; Layritz, Georgina; Lexhaller, Claudia; Mayer, Michaela et al. (2015): Engagement für Flüchtlinge in München. Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Institut für Sozialwissenschaften (MISS). München.
- Karakayali, Serhat; Kleist, Olaf J. (2015): EFA-Studie: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland. 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/ Dezember 2014. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.
- Schammann, Hannes (2015): Rette sich wer kann? Flüchtlingspolitik im Föderalismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 65 (25), S. 26-31.